

Gründe für die Ablehnung des HHP 2021 und der Fortsetzungsmaßnahmen

Zunächst möchten wir dem Kämmerer, Herrn Steidle und seinem Team, für die Zusammenstellung dieses umfangreichen Zahlenwerks danken, vor allem auch deshalb, weil in dem neuen Format alles sehr anschaulich dargestellt und erklärt wurde.

Allerdings werden wir dem Haushaltsplan 2021 sowie den Fortsetzungsmaßnahmen 2022 - 2024 nicht zustimmen, was wir wie folgt begründen:

Bedauerlicherweise werden die voraussichtlichen Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr wiederum stark zurückgehen. Während im letzten Jahr noch knapp 1,9 Mio. € eingegangen sind und unsere Gemeinde noch zusätzlich eine unvorhergesehene Sonderzahlung in Höhe von über 2,3 Mio. € als coronabedingten Gewerbesteuerausfall verbuchen konnte – insgesamt also rund 4,2 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen - kann sie in diesem und den kommenden Jahren jeweils nur noch mit knapp 1,4 Mio. € aus dieser Quelle kalkulieren. Nach Abzug verschiedener Umlagen, allen voran der Kreisumlage verbleiben davon bekanntlich nur ca. 40 %, also ca. 560.000,-- €.

Wenn man hierzu noch die wichtigsten Einnahmen wie z. B. Grundsteuer A und B, Einkommens- und Umsatzsteuerbeteiligung sowie Einkommenssteuerersatzleistung usw. in Höhe von voraussichtlich 1,9 Mio. € dazurechnet, kommt man auf voraussichtliche feste Einnahmen von ca. 2,5 Mio. €.

Dem stehen kontinuierlich steigende Ausgaben für Personal in Höhe von momentan ca. 500.000,-- € gegenüber, dann fallen noch Betriebs- und Sachaufwandskosten von voraussichtlich über 1 Mio. € an und für den Ausgleich des Defizits vom Kindergarten musste die Gemeinde z. B. auch im letzten Jahr ca. 400.000,-- € bereitstellen. Es bleibt also nicht mehr viel für notwendige Investitionen und sonstige Wünsche, außer die Gemeinde nimmt hohe Kredite auf, um die angedachten Projekte finanzieren zu können.

Durch die neu gewählte Zusammensetzung des Gemeinderates ist dieses Gremium erfreulicherweise zu der Erkenntnis gekommen, dass das Dorfzentrum in den nächsten Jahren nicht in seiner ursprünglich geplanten Form umgesetzt werden kann. Erkennbar ist dies daran, weil zumindest das bisher eingeplante Geschäftshaus II weit nach hinten verschoben worden ist – also im Haushaltsplan 2021 und den Fortsetzungsmaßnahmen 2022 - 2024 nicht berücksichtigt wurde, da dafür wie bereits in der Vergangenheit weder eine sinnvolle Nutzung erkennbar, noch eine finanzierbare Grundlage vorhanden ist.

Was wir allerdings bemängeln, ist die Tatsache, dass für das Bürgerhaus, in dem neben einem großen Saal auch Räumlichkeiten für den Musik- und den Schützenverein vorgesehen sind, bereits für heuer bzw. in den Folgejahren die dafür kalkulierten Baukosten im Haushaltsplan berücksichtigt wurden, obwohl im Gemeinderat über dessen bauliche Umsetzung noch nicht endgültig abgestimmt worden ist. Das haben wir bei der Vorbesprechung des Haushaltsplanes in der letzten Sitzung auch deutlich angesprochen. Außerdem möchten wir – obwohl das hinlänglich bekannt ist - nicht unerwähnt lassen, dass wir von Anfang an gegen das Gesamtprojekt Dorfzentrum plädiert haben. Diesbezüglich haben wir unsere Meinung nicht geändert und stehen auch weiterhin dazu, da die Dimensionen der geplanten bzw. teilweise bereits realisierten Gebäude in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung stehen und wir den finanziellen Aufwand beim Bau für unsere Gemeinde auch im Hinblick auf die sinkenden Steuereinnahmen für nicht finanzierbar erachten, selbst wenn für das Bürgerhaus Förderungen von 1,5 – 2 Mio. € in

Aussicht gestellt werden. Denn Förderungen sind ebenfalls Steuergelder, mit denen man unseres Erachtens sinnvoll umgehen sollte.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch nochmals darauf hinweisen, dass während der Planungsphase der „Neuen Mitte“ von der damaligen Gemeinderatsmehrheit die Umsetzung des Projekts unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit beschlossen wurde. Es ist scheinbar Ansichtssache, ob man unter Finanzierbarkeit vorhandenes Guthaben oder hohe Darlehensaufnahmen versteht.

Während der Planungsphase war auch nie die Rede davon, dieses Projekt in einem bestimmten zeitlichen Rahmen realisieren zu müssen. Deshalb verstehen wir nicht, weshalb nun zeitlicher Druck aufgebaut wird, um ein weiteres Gebäude aus dem Gesamtprojekt in kurzer Zeit baulich umzusetzen, nachdem die beiden ersten Gebäude noch nicht ganz fertiggestellt und dafür laut Haushaltsplan auch noch ca. 2 Mio. € an Zahlungen fällig werden.

Zudem stellen die Unterhaltskosten der dort entstehenden Gebäude langfristig eine zusätzliche, noch nicht kalkulierbare finanzielle Belastung dar. Wenn man bedenkt, dass die Betriebs- und Sachaufwandskosten laut Haushaltsplan heuer voraussichtlich 1 Mio. € übersteigt, ist abzusehen, dass sich diese Kosten in den kommenden Jahren weiter vermehren, sobald das bereits neu gebaute Rathaus und das Geschäftshaus 1 in Betrieb genommen werden. Dies ist leider nicht mehr zu ändern, aber der Bau eines weiteren Gebäudes, das vermutlich größtenteils von der Gemeinde unterhalten werden muss, wird die Betriebs- und Sachaufwandskosten noch weiter in die Höhe treiben.

Die aus dem Haushaltsplan ersichtlichen Kreditaufnahmen - in diesem Jahr sind bekanntlich 850.000,-- € als Kreditaufnahme vorgesehen und in den Jahren bis 2024 insgesamt weitere 3,95 Mio. € - sind ein weiterer Grund dafür, weshalb wir dem diesjährigen Haushaltsplan sowie den Fortsetzungsmaßnahmen nicht zustimmen werden, weil wir die hohe Verschuldung unserer Gemeinde nicht mittragen, die sich laut diesem Plan zum 31.12.2024 auf über 6,6 Millionen Euro beziffern wird. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt die Realisierung des geplanten Bürgerhauses offensichtlich noch nicht voll abgeschlossen, da hierfür im Jahr 2025 noch Zahlungen in Höhe von ca. 2,1 Mio. € vorgesehen sind, wobei wir für dieses Gebäude nach den Ausführungen des Architekten noch zusätzlich mit einer Preissteigerung von mindestens 1 Mio. € rechnen.

Wie hoch die Schulden unserer Gemeinde nach Fertigstellung des Dorfzentrums also wirklich sind, ist noch nicht vorhersehbar. Jedenfalls wird unsere Gemeinde, nach der Prognose des Haushaltsplanes nach zu urteilen, einen Spitzenplatz bei der Verschuldung im Landkreis Donau-Ries einnehmen. Die „roten Zahlen“ unserer Gemeinde stellen auch keinen vorübergehenden Liquiditätsengpass dar, sondern werden voraussichtlich mit einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren getilgt. Das heißt, dass für die im Dorfzentrum entstehenden Gebäude bereits die ersten Renovierungsmaßnahmen anstehen, bevor die Baukosten abbezahlt sind.

Für die baulichen Wünsche und Anforderungen unseres größten Ortsvereins, dem FSV, wurden bei der Vorbesprechung des Haushaltsplans - trotz diesbezüglicher Nachfrage aus unserer Gruppierung - keine finanziellen Hilfen berücksichtigt, obwohl dem Bürgermeister zu dem Zeitpunkt nachweislich bereits bekannt war, dass das vorgesehene Projekt des FSV in das Förderprogramm des Bundes zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur aufgenommen wurde. Inzwischen wurde die Vorlage des Haushaltsplans geändert und in den Jahren 2022 – 2024 jährlich jeweils 200.000,-- €

für diese Maßnahme vorgesehen - insgesamt also 600.000,-- €.

Um an die bereits zugesagte 45-%ige-Bundesförderung von ca. 669.000,-- € zu kommen, muss unsere Gemeinde laut den Unterlagen aus der Sitzung vom 09.11.2020 dazu bereit sein, die Restsumme von 55 % zu übernehmen - das entspricht ca. 800.000,-- €. Allerdings haben wir damals beschlossen, dass dieses Projekt im Falle der Gewährung einer Förderung noch mit dem Gemeinderat abgestimmt werden muss. Es ist jedoch nicht entscheidend, wie gebaut wird, aber auch dieses Vorhaben muss die Gemeinde über ein Darlehen finanzieren, wie aus den uns neu zugestellten Unterlagen ersichtlich ist.

Wir denken, dass wir unseren Nachkommen diese Schuldenlast nicht aufbürden dürfen. Deshalb sollten wir unserer Ansicht nach nicht die Fehler der Vergangenheit weiter verfolgen, sondern müssen die Planungen neu überdenken. Aus diesem Grund plädieren wir nach wie vor dafür, anstatt des Bürgerhauses und eines zusätzlichen Sportheimes ein gemeinsames Projekt zu planen, in dem alle Vereine unterkommen können und damit gleichzeitig Kosten zu sparen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Herrn Lange, MdB, zitieren, der sich bei einer Veranstaltung in unserem Dorf sinngemäß folgendermaßen äußerte: „Privat kann man sich jederzeit verschulden, da unsere erbberechtigten Nachkommen das Erbe ausschlagen können. Nicht so in der Kommune. Die Schulden, die eine Kommune anhäuft, müssen die nachfolgenden Generationen tragen.“

Und genau das können wir nicht verantworten.